

15. März 1906

Ew. Excellenz

übersende ich inliegend ganz ehrerbietigst einen Artikel von mir in der „Post“¹, der sich auf die letzte Universitätsdebatte bezieht. Es war mir äußerst peinlich, daß die Angelegenheit der philosophischen Professur vor die Öffentlichkeit gebracht worden ist, und noch peinlicher und mißfälliger war mir der Ton, in welchem das geschehen ist. Wenn ich auch jetzt, nachdem ich in Folge meiner elenden Gesundheitsverhältnisse^a um meine Emeritirung² ein |kommen mußte, gar kein Interesse noch an der Sache mehr habe, so habe ich doch noch ein lebhaftes Interesse für gerechte und einsichtige Betrachtung der Universitätsangelegenheiten, und so drängte es mich gegenüber der unbilligen Darstellung der Dinge im Abgeordnetenhaus eine objective Auffassung derselben anzubahnen.

Selbstverständlich habe ich selbst mit dem Abgeordneten Justizrath Keil³ weder über allgemeine Universitätsangelegenheiten noch über meine eigene Sache, weder mündlich noch schriftlich, weder direct noch indirect verhandelt. Ich bin principiell dagegen, Universitätsinteriora, insbesondere Personalfragen, | vor das Publicum zu bringen. Auch habe ich sonst jede Gelegenheit ergriffen, innerhalb der Kollegenkreise^b bei Discussionen über solche Fragen eine objective Auffassung zu vertreten.

Ich benutze diese Gelegenheit, um Ew. Excellenz die beiden letzten Lieferungen der „Kantstudien“ zu übersenden; sie werden aber jetzt ganz von den Privatdocenten D^r Bauch redigirt, da ich meiner schlechten Augenverhältnisse halber Manuscripte gar nicht mehr und Gedrucktes nur bei ganz besonders heller Beleuchtung und bei besonders schwarzem Druck lesen kann. Auch schreiben kann ich, wenn auch eher, so doch nur bei sehr guter Beleuchtung, wie ich sie mir in meinem Studierzimmer | extra habe herrichten lassen.

Indem ich Ew. Excellenz noch für Ihren gütigen theilnehmenden Brief aus Wiesbaden⁴ herzlich danke, und hoffe, daß Ew. Excellenz sich daselbst gründlich erholt haben, zeichne ich als Ew. Excellenz in steter Dankbarkeit ganz ergebenster

H. Vaihinger

P. S. Exemplare des Artikels habe ich auch an S. Excellenz den Herrn Minister,⁵ sowie an die Herren Elster, Schmidt, v. Eilsberger, sowie Naumann⁶ gesendet.

Anmerkungen

¹ Artikel von mir in der „Post“] *nicht nachgewiesen, gemeinte Zeitung nicht ermittelt*

^a Gesundheitsverhältnisse] *doppeltes s mit ß geschrieben*

^b der Kollegenkreisen] *so wörtlich*

- ² meine Emeritierung] vgl. *Vaihinger an Gottfried Meyer vom 10.2.1906 (Abschnitt Dokumente zu Leben und Werk)*.
- ³ mit dem Abgeordneten Justizrath Keil] vgl. *Hartwin Spenkuch (Hg.): Preußische Universitätspolitik im Deutschen Kaiserreich: Dokumente zu Grundproblemen und ausgewählten Professorenberufungen in den Philosophischen Fakultäten zur Zeit Friedrich Althoffs (1897 bis 1907). Berlin/Boston: de Gruyter 2018 (Acta Borussica NF. 2. Reihe, Abt. II, Bd. 13), S. 62*: Bei der Etatdebatte des Abgeordnetenhauses im März 1906 [6.3.1906] fragte der nationalliberale Deputierte Friedrich Keil im Plenum, warum das planmäßige Extraordinariat für historische Hilfswissenschaften in Halle seit Jahren nur von einem Stellen-Verwalter versehen werde. Ferner thematisierte er die sogenannte Reverse, die Althoff angeblich von Professoren-Kandidaten verlangte. Diese zeitgenössisch von liberaler Seite als unanständig angeprangerte Praxis wurde bereits im März 1901 im Abgeordnetenhaus debattiert. Nüchtern betrachtet ging es um Erklärungen, die bei Anstellung von Professoren in dreifacher Hinsicht verlangt wurden: Sie verpflichteten sich, Rufe sofort anzuzeigen und eine etwa gewährte Umzugskosten-Erstattung bei Weggang binnen drei Jahren zurückzuzahlen; zu nicht beamteten Extraordinarien titulierte Privatdozenten erklärten, zu wissen, dass mit diesem Titel weder eine planmäßige Stelle noch gar die Aussicht auf ein Ordinariat verbunden seien; zu persönlichen Ordinarien beförderte beamtete Extraordinarien hatten ihre Kenntnis davon zu bestätigen, dass sie weder Ordinariengehalt beziehen noch in die Hinterbliebenenversorgung der Ordinarien einbezogen sein würden. Elster erklärte im Abgeordnetenhaus, diese Reverse seien in allen deutschen Bundesstaaten übliche Formalien, während Abgeordneter Keil den Verzicht auf Ansprüche für unerträglich erklärte.
- ⁴ Brief aus Wiesbaden] *nicht überliefert*
- ⁵ Herrn Minister] *Konrad von Studt, 1899–1907 Minister des Preußischen Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten (WBIS)*.
- ⁶ Elster, Schmidt, v. Eilsberger, sowie Naumann] *die Ministerialbeamten Ludwig Elster, Friedrich Schmidt, Otto Naumann und Ernst Eilsberger (nicht geadelt; NDB; WBIS)*.